



Europäisches Parlament  
 Frau Rebecca Harms  
 ASP08G302  
 60, Rue Wiertz  
 1047 Brüssel

## Abstimmung über die Änderungsvorschläge zum Emissionshandel im Umweltausschuss am 7. Oktober 2008: Deutschlands und Europas Glaubwürdigkeit stehen auf dem Spiel!

11. September 2008

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Harms,

am 7. Oktober wird der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über die Änderungsvorschläge zur Richtlinie zum Europäischen Emissionshandelssystem abstimmen.

Die unterzeichnenden Umwelt- und Entwicklungsverbände sehen mit großer Sorge, dass der aktuelle Kommissionsvorschlag mit dem 2°-Ziel nicht vereinbar ist. Würden sich andere Industrieländer nur zu Reduktionen in vergleichbarer Größenordnung verpflichten, liefe dies auf einen **globalen Temperaturanstieg von + 2,8 bis +3,2°C** hinaus. Ohne deutliche Nachbesserungen des Umweltausschusses kann Europa die zur Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels als notwendig erkannten Emissionsreduktionen nicht erreichen.

Die Folgen des Klimawandels wären verheerend und unumkehrbar. Europa würde damit insbesondere die Menschen in den Entwicklungsländern den drastischen Auswirkungen des Klimawandels aussetzen. Dies würde nicht nur das Leben von Millionen Menschen akut gefährden, sondern die mühsam erreichten Fortschritte in Entwicklung und Armutsbekämpfung erst zum Stillstand bringen und dann häufig irreversibel umkehren. Weiterhin werden die Innovations- und Energieeffizienzsprünge ausbleiben, die der Wirtschaft bei mittelfristig steigenden Energiepreisen, wachsendem globalen Energieverbrauch und zunehmender Rohstoffkonkurrenz langfristig zugute kommen. Es ist daher außerordentlich wichtig, dass Sie sich für Nachbesserungen beim Emissionshandel einsetzen!

### **1. Halten Sie am 30 Prozent-Reduktionsziel fest!**

Deutschland und die EU übernahmen bei dem Frühjahrsgipfel 2007 und den internationalen Klimaverhandlungen eine Vorreiterrolle im Klimaschutz. Der EU-Beschluss zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30 % im Falle eines internationalen Abkommens geht auf deutsche Initiative zurück. Sollten die Versprechen nicht umgesetzt werden, gefährdet das Parlament die internationalen Klimaverhandlungen in Posen und Kopenhagen. Selbst ein 30%-Reduktionsziel ist nur dann mit dem 2°-Ziel vereinbar, wenn der ganz überwiegende Teil der Reduktion zu Hause stattfindet und zusätzlich Klima- und Waldschutz in Entwicklungsländern finanziert werden. **Wir fordern die Mitglieder des Umweltausschusses auf, sich für eine verbindliche Senkung der europäischen Treibhausgasemissionen um mindestens 30 % bis 2020 einzusetzen. Der von der Kommission vorgeschlagene Automatismus für den Fall eines neuen internationalen Abkommens ist hierbei von zentraler Bedeutung und muss beibehalten werden.**

### **2. Setzen Sie sich für die vollständige Versteigerung der Zertifikate ein!**

Der Emissionshandel kann ein effizientes Instrument für die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen sein - jedoch nur, wenn alle Zertifikate in Zukunft versteigert werden. Die gegenwärtig kostenlose Zuteilung wird den deutschen Stromkonzernen bis 2012 voraussichtlich 46 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne einbringen. Der Bundestag verlangte im Mai 2008 daher eine vollständige Versteigerung im Stromsektor. Machen Sie den Wettbewerbsverzerrungen und der kurzfristigen Protektion ineffizienter Technologien ein Ende. **Setzen Sie sich dafür ein, dass der Emissionshandel seine volle Wirkung entfaltet und in Zukunft alle Emissionsrechte versteigert werden.**

### **3. Verhindern Sie unnötige Ausnahmen für energieintensive Industrien!**

Viele Europaabgeordnete sind in den vergangenen Wochen mit Schreckensszenarien konfrontiert worden, dass ambitionierte Klimapolitik zu einer industriellen Abwanderungswelle führen würde - ohne dass es dafür konkrete Beweise gibt. Tatsächlich sind nur die wenigsten Branchen durch eine Abwanderung gefährdet. Wie der Stern Report belegt, sind die Meisten international nicht mobil, zudem spielen Umweltauflagen nur eine untergeordnete Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit. Der Bericht von Climate Strategies (Januar 2008) ergab, dass von 159 Sektoren nur 23 einen „nicht vernachlässigbaren“ Kostenzuwachs durch den Emissionshandel von beispielsweise 1 % zu befürchten haben. Von diesen 23 Branchen stehen nur wenige im internationalen Wettbewerb. Noch dazu sind sie zwar energie-, aber wenig arbeitsintensiv und tragen kaum zum BIP bei. **Ausnahmen darf es nur für Industrien geben, die konkret nachweisen können, dass ihnen schwerwiegende Wettbewerbsnachteile drohen.**

### **4. Erlauben Sie CDM nur zusätzlich zu heimischen Reduktionen!**

Die Gewährung von Zusatzzertifikaten für außereuropäische Projekte verschleppt notwendige Maßnahmen in Europa und vermindert eigene Reduktionsanstrengungen. Selbst der Kommissionsvorschlag für das 30 %-Szenario führt dazu, dass Europa seine Treibhausgase effektiv nur um 22 % reduzieren würde. Dies ist nicht mit dem 2°-Ziel vereinbar. Dessen ungeachtet wollen Mitglieder des Umweltausschusses teilweise noch mehr externe Zertifikate zulassen und untergraben damit die Klimaziele noch weiter. Untersuchungen des Öko-Instituts zeigen, dass etwa 40 % der CDM-Projekte nicht einmal zusätzlich durchgeführt wurden. Das bedeutet: Klimaschutz findet nur auf dem Papier statt. Noch dazu entstammen viele der Zertifikate aus Projekten, die keinen nennenswerten Beitrag zur Entwicklung der Projektländer leisten und zum Teil sogar kontraproduktiv sind. Keine Frage: Die Industrieländer sind in der Pflicht zusätzlich zu einer weitgehend heimischen Reduktion von mindestens 30% bis 2020 gegenüber 1990 den Klima- und Waldschutz in Entwicklungsländern zu kofinanzieren. **Gutschriften für CDM-Projekte oder ähnliche internationale Mechanismen sind eine willkommene Ergänzung, wenn die so erreichten Reduktionen zusätzlich zu den heimischen Reduktionen stattfinden und nicht an ihrer Statt. Das bedeutet, dass Zertifikate nur in dem Maße erlaubt würden, in dem die Reduktionsziele der EU von bisher 30% entsprechend erhöht würden. Die Zertifikate sollten außerdem den Qualitätskriterien des Gold Standards entsprechen.**

## 5. Nutzen Sie die Emissionshandels-Erlöse für noch mehr Klimaschutz!

**Sämtliche Erlöse aus dem Emissionshandel müssen genutzt werden, um den Klimaschutz weiter voranzutreiben.** Die Einsatzmöglichkeiten sind vielseitig, von der Unterstützung zum Bau energieeffizienter Häuser bis zur Förderung von Forschung in sauberere Technologien, auch im industriellen Bereich. Als einer der Hauptemittenten muss die EU ihrer historischen Verantwortung gegenüber Entwicklungs- und Schwellenländern nachkommen und diese bei Klima- und Waldschutz sowie Anpassungsmaßnahmen unterstützen. Ohne solche Finanztransfers wird es kein ambitioniertes Kopenhagen-Abkommen geben. **Deshalb sollten 50 % der Erlöse innerhalb der EU und 50 % in Entwicklungsländern verwendet werden, um dort die Anpassung an den Klimawandel und eine klimafreundliche Entwicklung zu ermöglichen und unterstützen.**

Wir appellieren an Sie, der historischen Dimension der anstehenden Entscheidungen gerecht zu werden. Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland und Europa ihrer bisherigen Vorreiterrolle für engagierte und zukunftsweisende Klimapolitik gerecht werden und bringen Sie uns zurück auf Klimaschutz-Kurs!

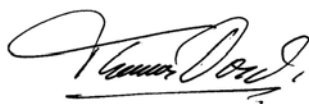
Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Kuhlmann  
ARA, Geschäftsführer



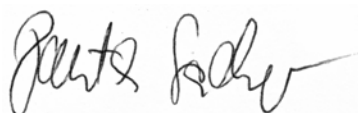
Professor Dr. Maximilian Gege  
B.A.U.M. e.V., Vorsitzender



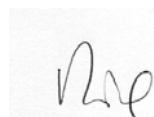
Thomas Dosch  
Bioland, Präsident



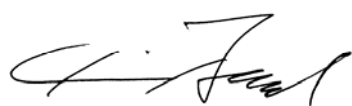
Klaus Brunsmeier  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), stellv. Vorsitzender



Danuta Sacher  
Brot für die Welt, Leiterin der Abteilung Politik und Kampagnen



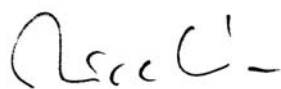
Dr. Helmut Röscheisen  
Deutscher Naturschutzring, Generalsekretär



Reinhard Baake  
Deutsche Umwelthilfe e. V., Bundesgeschäftsführer



Dr. Anselm Görres  
Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), Vorsitzender



Jürgen Maier  
Forum Umwelt & Entwicklung, Geschäftsführer



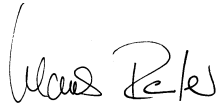
Klaus Milke  
Germanwatch, Vorstandsvorsitzender



Brigitte Behrens  
Greenpeace, Geschäftsführerin



Arndt von Massenbach  
INKOTA Netzwerk e. V., Geschäftsführer



Dr. Klaus Reuter  
LAG 21 NRW e.V., Geschäftsführer



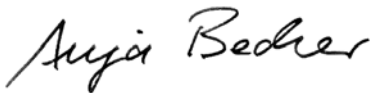
Leif Miller,  
NABU, Bundesgeschäftsführer



Hans-Gerd Marian  
Naturfreunde Deutschlands e.V.,  
Bundesgeschäftsführer



Dr. Elke Mannigel  
OroVerde, Internationale Projektkoordination



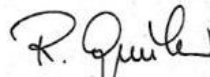
Anja Becker  
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V.,  
Geschäftsführerin



Paul Bendix  
Oxfam Deutschland, e. V., Geschäftsführer



Dr. Monika Ganseforth  
Verkehrsclub Deutschland e.V., Bundesvorstand



Regine Günther  
WWF Deutschland, Leiterin Klimaschutz- und  
Energiepolitik